



Bern, 23. April 2009

An die politischen Parteien  
An die Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete  
An die Dachverbände der Wirtschaft  
An die interessierten Kreise

### **Bundesgesetz über die Unternehmensjuristinnen und –juristen (Unternehmensjuristengesetz, UJG): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrte Damen und Herren

1. Der Bundesrat hat am 22. April 2009 das EJPD beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.
2. Wir bitten Sie, uns Ihre allfällige Stellungnahme **bis zum 31. Juli 2009** zuzustellen.
3. Vorgeschlagen wird, ein neues Bundesgesetz über die Unternehmensjuristinnen und –juristen zu schaffen. Mit diesem Gesetz soll eine fakultative Berufsregelung für Juristinnen und Juristen, welche in einem Unternehmen rechtsberatend tätig sind, eingeführt werden. Verbunden mit der Eintragung ist die Pflicht zur Befolgung gewisser Berufsregeln und das Recht, in Straf-, Zivil- und Verwaltungsverfahren ein Berufsgeheimnis geltend zu machen.  
Mit der vorliegenden Vorlage nimmt der Bundesrat die Erfüllung des Gesetzgebungsauftrags der Räte an die Hand, welcher sich aus der überwiesenen Motion 07.3281 Kommission für Rechtsfragen NR, „Pflichten und Rechte von rechtsberatend oder forensisch tätigen Angestellten. Gleichstellung mit freiberuflichen Anwältinnen und Anwälten“ ergibt.
4. In der Beilage unterbreiten wir Ihnen den Vorentwurf eines Bundesgesetzes über die Unternehmensjuristinnen und –juristen samt Erläuterungen zur Stellungnahme. Zusätzliche Exemplare der Vernehmlassungsunterlagen können über die Internetadresse <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html> bezogen werden.

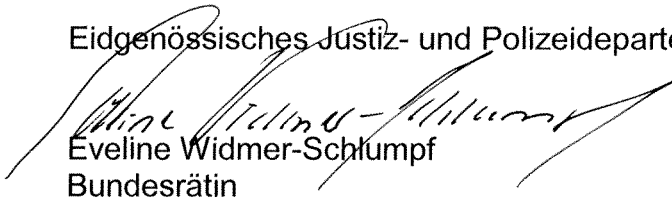


5. Die Zustelladresse für die Stellungnahmen lautet  
Bundesamt für Justiz, 3003 Bern

Wir danken Ihnen im Voraus für Ihre Aufmerksamkeit und Bemühungen.

Freundliche Grüsse

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD



Eveline Widmer-Schlumpf  
Bundesrätin

Beilagen:

- Vernehmlassungsentwurf und erläuternder Bericht (d, f, i)
- Liste der Vernehmlassungsadressaten (d, f, i)